

# Raus aus dem atomaren Wahnsinn!

Nach Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 hat Fukushima 2011 erneut gezeigt: Die atomare Katastrophe ist nicht unwahrscheinlich. Auch europäische AKW, auch die deutschen AKW sind nicht gegen ein abstürzendes Flugzeug, einen Terroranschlag oder technisches oder menschliches Versagen gesichert. Auch in Deutschland stehen AKW in Erdbebengebieten. Auch in Deutschland kann es Überflutungen geben. Auch die neuen deutschen AKW verfügen über eine Geschichte von Pannen und Beinahe-Katastrophen. Auch in Deutschland vertuschen die Betreiber alles, was sie vertuschen können.

Atombetreiber sind gegen atomare Unfälle nicht haftpflichtversichert. Die Versicherer wissen genau, was sie tun. Die Kosten der Folgeschäden von Unfällen sind unermesslich hoch. Fukushima zeigt dies. Auch in Generationen sind die Folgeschäden nicht behoben.

In Fukushima opfern Menschen ihr Leben, um möglichst viele ihrer Landsleute zu retten. Sie tun es auch für uns. Auch in Deutschland wurden bereits erhöhte Strahlenwerte von Jod 131 gemessen. Radioaktiv verseuchtes Wasser wird in den Pazifik gekippt. Das Ende der Atomkatastrophe ist noch lange nicht absehbar. Die Strahlenbelastung steigt weltweit an. Unter den Helferinnen und Helfern an den Reaktorblöcken in Fukushima vermissen wir die Verantwortlichen für die Katastrophe: Die Konzernherren und ihre politischen Helfershelfer.



„Eine dezentrale Energiewirtschaft ‚in Bürgerhand‘ stärkt die wirtschaftliche Potenz von Bürgern und Kommunen, fördert die Demokratie, sorgt für mehr Verteilungsgerechtigkeit, reduziert die Gefahr der Energie-Armut, fördert regionale Wirtschaftskreisläufe, sorgt für Arbeitsplätze in der Region und fördert somit indirekt die Gesundheit der Menschen.“

Auszug aus dem Beschluss „Energiewende als Friedenspolitik“ der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges)

**25 JAHRE  
TSCHERNOBYL  
1 MONAT  
FUKUSHIMA**

**Fachtagung der Fraktion DIE LINKE. NRW**  
Samstag, 16. April 2011, 10 – 17 Uhr  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Fraktion DIE LINKE. im Landtag  
von Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf  
Tel. (0211) 884 – 4603  
[www.linksfraktion-nrw.de](http://www.linksfraktion-nrw.de)

Foto Innenteil: Anti-Atom-Demonstration am 26. März 2011 in Köln  
Druck: Mediendepot Ruhr (Duisburg) | V.i.S.d.P. Judith Demba



# ATOMAUSSTIEG SOFORT!

Energiewende jetzt – Menschen  
vor Profite  
RWE, E.ON und Co. entmachten

Großdemo: 25.04. in Gronau  
[www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de)

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

[www.linksfraktion-nrw.de](http://www.linksfraktion-nrw.de)

# Wir LINKEN in NRW...

... fordern das Aus für alle atomaren Anlagen, wie der Urananreicherungsanlage in Gronau, dem Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus, der Konditionierungsanlage GNS in Duisburg und der Forschungsanlage in Jülich. Wir sprechen uns dafür aus, sich mit allen Mitteln bis hin zum zivilen Ungehorsam allen Atommülltransporten entgegenzustellen.

Wir fordern das möglichst rasche Umsteuern auf 100% erneuerbare Energien und einen radikalen und zukunftsfähigen ökologischen und sozialen Umbau unserer Industriegesellschaft. Dazu gehört ein Grundkontingent Strom für alle mit einem progressiv steigenden Preis für Stromverbrauch darüber hinaus. Auch die Klimaziele sind unabdingbar. Deshalb sind wir gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke, neuer CO<sub>2</sub>-Schleudern. Wir wissen, dass die Energieriesen erneuerbare Energien nur dann vorantreiben, wenn das mit zentralistischen Großstrukturen einhergeht, wie den Offshore Parks, damit weiter Monopolprofite erzielt werden können. Die Energieproduktion der Zukunft sieht anders aus – am Gemeinwohl orientiert als Teil der Daseinsvorsorge, möglichst dezentral und mit Teilhabe aller Nutzerinnen und Nutzer sowie der Beschäftigten an der Bestimmung der Unternehmensziele.



## Atompartei Bündnis 90/Die Grünen

Auch Die Grünen sind eine Atompartei – zusammen mit den drei anderen Altparteien. Der Grund dafür ist einfach: Genauso wenig wie die SPD wollen sie sich mit den Herren der Großkonzerne anlegen, denn das sind die eigentlichen Herren im Land. Deshalb haben sie unter SPD-Kanzler Schröder den Atomkonsens mit den Energiekonzernen verbrochen, der das überfällige Abschalten der Atomanlagen über Jahrzehnte gestreckt hat. Wie sich gezeigt hat, war der unsägliche Atomkonsens mit den Energiemonopolisten umkehrbar – die Laufzeitverlängerung der AKW um durchschnittlich zwölf Jahre konnte nur deshalb von der schwarz-gelben Regierung vollzogen werden.

Für die Atomanlagen in NRW kündigen Die Grünen nur „Überprüfungen“ an. „Gefährliche“ Atomtransporte wollen sie nur „möglichst vermeiden“. Sie sprechen von der „Marktmacht“ der Stromoligopolisten, wollen ihnen aber nicht das Handwerk legen! Nur DIE LINKE verlangt sofort und endgültig das Abschalten aller Atomanlagen.

### DIE LINKE fordert:

- Abschalten aller AKW – sofort!
- Ausstieg aus dem atomaren Kreislauf – sofort!
- Verbot des atomaren Exports – sofort!
- Vergesellschaftung der Energieriesen – sofort!

## Atomarer Wahnsinn im Interesse der Aktionäre

Die Energieriesen stellen ihre Profite über alles. Gesundheit und Leben der Menschen sind ihnen gleichgültig. Sie haben die Laufzeitverlängerung der AKW um durchschnittlich zwölf Jahre durchgesetzt. Sie lügen und betrügen wie ihre japanischen Mittäter von Tepco. Sie leugnen die Gefahren der Atomanlagen. Sie sperren sich gegen die Energiewende.

Jürgen Großmann, Chef von RWE, klagt „im Interesse der Aktionäre“ gegen die Stilllegung des AKW Biblis A. Sogar mit Aussicht auf Erfolg. Die schwarz-gelbe

Bundesregierung muss erklären, wieso plötzlich für Biblis A ein konkreter „Gefahrenverdacht“ aufgetaucht ist. Horrende Entschädigungszahlungen an RWE drohen.

## Vergesellschaftung der Energiewirtschaft!

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die schwarz-gelbe Regierung gerät als Nasenbär der Konzernherren in Panik und gaukelt einen „Ausstieg mit Augenmaß“ vor. Von wegen Sicherheitsüberprüfungen – kein AKW ist sicher! Außerdem: Atommüll kann nicht sicher entsorgt werden!

Der japanische Energieriese Tepco wird jetzt verstaatlicht. Das bedeutet nichts anderes, als dass die immensen Folgekosten nun von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragen werden sollen. Spitzenmanager der Großkonzerne verlassen das todgeweihte Land wie Ratten das sinkende Schiff. Die Bevölkerung kann nicht fliehen.

Warten wir nicht auf den europäischen Super-GAU! Mit dem Abschalten der atomaren Anlagen beginnen ihre Demontage und der Versuch, den Boden zu dekontaminieren. Das wird Jahrzehnte dauern und mindestens eine zweistellige Milliardensumme Euro kosten. Damit ist das unlösbare Problem der Entsorgung des Atommülls noch nicht einmal eingepreist. Keine Entschädigung für das Atomkapital!

### DIE LINKE fordert:

- Dezentralisierung, Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft.

DIE LINKE hat bereits im letzten Jahr im Landtag von NRW beantragt, keine weiteren Transporte radioaktiver Stoffe über das Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und Grünen abgelehnt (Drucksache 15/850).